

392 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates VIII. GP.

Bericht

des Außenpolitischen Ausschusses

betreffend den Bericht des Bundesministers für die Auswärtigen Angelegenheiten über den Verlauf der I. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation.

Über Ermächtigung des Ministerrates vom 17. Dezember 1957 übermittelte Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dipl.-Ing. Figl dem Nationalrat einen Bericht über die 1. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation. Der Bericht, der in der Sitzung des Nationalrates am 22. Jänner 1958 dem Außenpolitischen Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Die österreichische Bundesregierung hat bekanntlich im Vorjahr die in Gründung befindliche Internationale Atomenergieorganisation eingeladen, ihre Erste Generalkonferenz in Wien abzuhalten.

Österreichischerseits bestand ein spezielles Interesse an dieser Konferenz, da sie auch über die Einrichtung des dauernden Amtssitzes der Internationalen Atomenergieorganisation in Wien entscheiden sollte. Anfänglich wurden von verschiedenen Seiten ernste Zweifel ausgedrückt, ob Wien in der Lage sei, eine zwischenstaatliche Konferenz von derartigem Umfang und Bedeutung technisch und organisatorisch durchzuführen. Eine unter dem Vorsitz des Bundeskanzleramtes, Auswärtige Angelegenheiten, stehende österreichische Verbindungsstelle zur Internationalen Atomenergieorganisation wurde deshalb von der Bundesregierung beauftragt, die praktischen Voraussetzungen zu schaffen, die eine Abhaltung dieser Konferenz in Wien ermöglichen sollten. Trotz zahlreicher technischer Schwierigkeiten und schwerwiegender Unsicherheitsfaktoren — das Konferenzdatum mußte mitten in den Vorbereitungsarbeiten verschoben werden und die Anzahl der teilnehmenden Staaten stand bis zum Eröffnungstag nicht fest — ist es dieser Stelle gelungen, einen technischen Apparat auf-

zustellen, der ohne wesentliche Abänderungen schließlich im Herbst 1957 von der Vorbereitenden Kommission der Internationalen Atomenergieorganisation zur Abhaltung der Generalkonferenz übernommen werden konnte.

Das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, hatte selbstverständlich auf diplomatischem Wege die Unterstützung zahlreicher Staaten zur Wahl Wiens als dauernden Sitz der Internationalen Atomenergieorganisation sichergestellt, und die Statutenkonferenz der Internationalen Atomenergieorganisation hatte bereits im Oktober 1956 die Empfehlung abgegeben, daß die Behörde sich in Wien niederlassen solle. Erst die reibungslose Abwicklung der Konferenz hatte aber den praktischen Beweis erbracht, daß Wien auch technisch in der Lage ist, die mit der Aufnahme zwischenstaatlicher Veranstaltungen verbundenen Probleme in zufriedenstellender Weise zu lösen. Die Empfehlung, Wien zum dauernden Amtssitz zu wählen, wurde denn auch am 9. Oktober 1957 vom Gouverneursrat an die Generalkonferenz abgegeben „im Hinblick ... auf die Kooperation der österreichischen Dienststellen bei der Beistellung des technischen Apparates für die Erste Generalkonferenz“. Es war nicht zuletzt diese Tatsache, die die einstimmige Wahl Wiens als dauernden Amtssitz der Internationalen Atomenergieorganisation durch die Generalkonferenz ermöglicht hat. Diese Konferenz fand nun in der Zeit vom 1. bis 23. Oktober 1957 im Wiener Konzerthaus statt. Die Konferenz, die aus verfahrenstechnischen Gründen in eine reguläre und eine außerordentliche Sitzung geteilt wurde, hielt insgesamt 13 Plenarsitzungen ab. Die Konferenz setzte zwei Hauptausschüsse ein, von denen der eine programmtechnische und Budgetfragen und der andere Verwaltungs- und juristische Fragen behandelte. An der Konferenz nahmen 66 Staaten teil. Von diesen waren 56 durch stimmberechtigte Delegationen, die übrigen durch Beobachter vertreten.

Die Konferenz wurde am 1. Oktober von dem Präsidenten der Vorbereitenden Kommission, Carlos Bernardes (Brasilien), eröffnet. Nach einer Minute der Andacht hielt Bundespräsident Dr. Adolf Schärf die Eröffnungsrede. Nach ihm sprachen Dr. Ralph Bunche, in Vertretung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, der wegen der gleichzeitig stattfindenden Generalversammlung der Vereinten Nationen von New York unabkömmlich war.

Der österreichische Botschafter in Washington, Dr. Karl Gruber, der mit der Leitung der österreichischen Delegation betraut war, wurde von der Konferenz einstimmig zum Präsidenten gewählt. Seine Kandidatur war vom Vertreter Brasiliens vorgeschlagen worden und wurde von den Vertretern Großbritanniens und der UdSSR unterstützt.

Schon in der zweiten Vollsitzung ergaben sich bei der Annahme der provisorischen Verfahrensregeln Schwierigkeiten bei der Verhandlung der Frage, welche Staaten zu der Konferenz zugelassen seien. Der Antrag der Oststaaten, der auf eine Zulassung insbesondere einer rotchinesischen Delegation abzielte, wurde jedoch mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen.

Auch bei der Vorlage des Berichtes des Beglaubigungsausschusses entspann sich eine Debatte über die Anerkennung der Beglaubigungsschreiben der Republik China und Ungarns.

Zu Beginn der Arbeitssitzung legte der Präsident der Vorbereitenden Kommission den zusammenfassenden Bericht der Vorbereitenden Kommission vor. In diesem Bericht wurde das Arbeitsprogramm und das Budget der Organisation für das erste Jahr sowie die personelle Struktur festgelegt.

In der vierten Plenarsitzung wurden zehn Mitglieder in den Gouverneursrat der Organisation gewählt. Die Wahl fiel auf Guatemala, Peru, die Türkei und Ägypten, Italien, Rumänien, Argentinien, Pakistan, Indonesien und Korea. Diese Staaten werden nun mit den bereits ursprünglich designierten Mitgliedern Kanada, USA, Frankreich, Großbritannien, UdSSR, Südafrikanische Union, Brasilien, Indien, Australien, Japan, Portugal, Tschechoslowakei und Schweden den ersten Gouverneursrat der Organisation bilden. Der Rat der Gouverneure, der bereits während der ganzen Dauer der Generalkonferenz in geschlossenen Sitzungen tagte, wählte Botschafter Winkler (CSR) zu seinem Präsidenten. Als Vizepräsidenten wurden die Botschafter Wershof (Kanada) und Furuuchi (Japan) gewählt.

In der Zeit vom 7. bis 11. Oktober d. J. fand dann die Generaldebatte statt, an der die Vertreter von 40 Ländern teilnahmen. Darin gaben die einzelnen Delegationen einen Überblick über den Stand der wissenschaftlichen Forschung und die jeweiligen Programme in ihren Ländern und

brachten zum Ausdruck, was sie von der Internationalen Atomenergieorganisation erwarten.

Für Österreich sprach Bundesrat Professor Dr. Hanns Thirring, der nach dem Ausscheiden Botschafter Grubers die Leitung der österreichischen Delegation übernommen hatte. Professor Thirring dankte in seiner Rede für die Auszeichnung, die Österreich durch die Wahl seines Delegationsleiters zum Präsidenten der Konferenz zuteil wurde, streifte das wissenschaftliche und technische Programm Österreichs auf dem Atomsektor und wies auf die verschiedenen Aspekte der Aufgaben der zukünftigen Organisation hin.

Die Hauptlast der Arbeit der Konferenz lag auf den Schultern der beiden Hauptausschüsse.

Der Programm- und Budgetausschuß unter dem Präsidenten Botschafter Muniz (Brasilien) befaßte sich mit der Frage der Mitgliedsbeiträge, dem Programm für das erste Jahr der Tätigkeit der Organisation und der Anfangsfinanzierung der Organisation.

Österreichs Mitgliedsbeitrag wurde mit 0,35% des Gesamtbudgets festgelegt. Dies entspricht im ersten Jahr einer Summe von \$ 14.311, wozu noch eine einmalige Leistung von \$ 7000 für den sogenannten „Working Capital Fund“ kommen.

Für die Anfangsfinanzierung bat die Organisation um einen kurzfristigen Kredit der österreichischen Bundesregierung, der es ihr ermöglichen würde, die Zeit bis zum Eintreffen der ersten Mitgliedsbeiträge zu überbrücken. Dieser Kredit wurde von Österreich zugesagt. Aus dem Arbeitsfonds der Countertpartmittel wurde der Organisation nun ein Kredit in der Höhe von 26 Millionen Schilling; rückzahlbar bis 30. April 1958, eingeräumt.

Die Vorschläge des Programm- und Budgetausschusses hinsichtlich der Tätigkeit der Organisation, die sich mit den Empfehlungen der Vorbereitenden Kommission decken, wurden von der Plenarsitzung gebilligt.

Der Verwaltungs- und juristische Ausschuß befaßte sich mit der Frage des internen Reglements der Konferenz, dem Abkommen zwischen der Organisation und der Organisation der Vereinten Nationen, den Beziehungen der Organisation zu anderen internationalen Organisationen, Personalfragen, dem permanenten Sitz der Organisation, dem Amtssitzabkommen mit der österreichischen Bundesregierung und der Teilnahme von Vertretern von Nichtmitgliedstaaten und anderen Organisationen an der Generalkonferenz. Auch in diesem Ausschuß kam es mehrmals zu Debatten zwischen den Vertretern von Ost und West, in denen die Teilnahme Rotchinas und anderer kommunistischer Länder, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind, erörtert wurde.

Die österreichische Delegation unterstützte in diesem Ausschuß einen holländischen Antrag, der

die Frage der Zulassung von Beobachtern zu den Sitzungen des Gouverneursrates aufwarf. Österreich vertrat hier gemeinsam mit anderen Nichtmitgliedstaaten des Rates die Auffassung, daß die Arbeit der Organisation zwischen den Generalkonferenzen nicht ausschließlich eine Sache der 23 Gouverneursratmitglieder sein dürfe. Diese Ansicht konnte sich auch später durchsetzen.

Am 9. Oktober wurde der Vollversammlung die Empfehlung des Gouverneursrates über die Errichtung des Amtssitzes der Organisation in Wien vorgelegt. Als Sprecher dieser Resolution meldete sich der türkische Delegierte, Gesandter Yemiscibasi, und der tschechoslowakische Delegierte, Botschafter Winkler, die die Wahl Wiens mit warmen Worten befürworteten. Die Resolution wurde dann in der Plenarversammlung in einer freundschaftlichen Atmosphäre für Österreich einstimmig gebilligt. Bundesrat Professor Thirring meldete sich nach Annahme der Resolution und der damit erfolgten Beschlussfassung, Wien zum zukünftigen Sitz der Atomenergieorganisation zu machen, zum Wort, dankte den Delegierten für ihre Wahl und versicherte im Namen der österreichischen Bundesregierung, daß diese die Organisation bei der Etablierung ihres Sitzes in Wien bestmöglich unterstützen würde.

Die Vollversammlung billigte weiters den Beschluß des Rates der Gouverneure, den Amerikaner Sterling Cole zum Generaldirektor der Organisation für eine vierjährige Amtszeit zu ernennen. Der Beginn der II. Generalkonferenz der Organisation, die ebenfalls in Wien abgehalten wird, wurde für den 22. September 1958 angesetzt.

Die Delegierten beinahe aller Staaten hatten schon im Laufe der Generaldebatte zu Beginn der

Konferenz ihren herzlichen Dank an die österreichische Bundesregierung für die Einladung zur Abhaltung der Konferenz in Wien und für die hier gefundene Aufnahme zum Ausdruck gebracht. Auch in den Schlußansprachen fand die Gastfreundschaft Österreichs und seiner Bundeshauptstadt Wien volle Anerkennung. Hiebei wurde immer wieder darauf verwiesen, daß die Konferenz in Wien in einer Atmosphäre freundschaftlicher und sachlicher Zusammenarbeit aller beteiligten Nationen vonstatten ging, was nicht zuletzt auf die versöhnliche Atmosphäre Wiens zurückzuführen sei.

Als letzter Sprecher der Schlußsitzung sprach, nun wieder als Leiter der österreichischen Delegation, Botschafter Dr. Gruber, der darauf hinwies, daß das österreichische Volk die Wahl Wiens zum Sitz der Organisation als eine Entscheidung von geschichtlicher Bedeutung betrachtete.

Nach einer Minute der Andacht war die I. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergieorganisation in Wien am 23. Oktober beendet.

Der Außenpolitische Ausschuß hat den gegenständlichen Bericht in seiner Sitzung am 22. Jänner 1958 beraten. In der Debatte sprachen Abgeordneter Strasser und Bundesminister Dipl.-Ing. Figl. Der Ausschuß beschloß einstimmig, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des vorliegenden Berichtes zu empfehlen.

Der Außenpolitische Ausschuß stellt den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundesministers für die Auswärtigen Angelegenheiten über den Verlauf der I. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 22. Jänner 1958

Dr. Kranzlmayr
Berichterstatte

Dr. Tončić
Obmann